

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochenpreis 1 Mark, Monatspreis 3 Mark, halbjährlich 15 Mark, jährlich 30 Mark. Bestellungen durch den Verleger ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Griech.-Länder).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 10 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 2.

Berlin, Sonnabend, 5. Januar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Arbeiterorganisationen und die Reichstagswahl. — Ein Werkstatt-Versammlungen anmeldepflichtig? — Zum nächsten Bundestag. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Arbeiterorganisationen und die Reichstagswahl.

Wie der Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine, so haben auch die Hauptverbände der anderen Arbeiterorganisationen Stellung genommen zu der bevorstehenden Reichstagswahl. Die Generalkommission der sogenannten „freien“ Gewerkschaften spricht sich durch ihr „Korrespondenzblatt“ für die Sozialdemokratie aus. Die Gewerkschaften sollten sich zwar nicht selbst in den Wahlkampf hineinziehen, Wahlpropaganda treiben und Gewerkschaftskandidaten aufstellen — das gehört nicht zu ihren Aufgaben, aber die Gewerkschaften müssten für die Sozialdemokratie eintreten. Das wird so begründet:

„Für die Sozialdemokratie, die Arbeiterpartei, ist es eine zureichende Stütze der Gewerkschaften gewesen, — nur ihre Wahl können die Gewerkschaften den Arbeitern mit voller Verantwortung empfehlen. Wir wissen, daß die bürgerlichen Parteien in diesem Wahlkampf alles ansetzen werden, um einen Teil sozialer Arbeiterkraft und Sozialdemokratie zu treiben. ... So bedauerlich es war, daß es zu solchen Auseinandersetzungen kommen konnte, so wenig können diese das Kampf- und Kampfergebnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften erschüttern. Sie führen nur dazu, daß der Verhältnis durch Befestigung der schon bestehenden Beziehungen zu gestalten und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaften in jedem Arbeiterherzen zu befestigen. ... Vertrauen können unsere Gewerkschaften nur zur Sozialdemokratie haben.“

Wie wir in der Rundschau mitteilen, haben diese Gewerkschaften auch bereits direkte Beiträge aus ihren Mitteln für die sozialdemokratische Wahlkandidatur gespendet. Die größeren Gewerkschaftsblätter treten außerdem in ihren Leitartikeln gleich dem „Korrespondenzblatt“ direkt für die Sozialdemokratie ein. Nur die „Bergarbeiter-Zeitung“, das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, ist etwas zurückhaltender. Dieses Blatt verlangt nur, daß die Kameraden sich vorbereiten halten möchten, „damit der kommende Reichstag in seiner Zusammenfassung dem Willen der Arbeiter entspreche“.

Die evangelischen Arbeitervereine veröffentlichen durch ihren „Nationalen Arbeiterwahlausschuss“ einen Aufruf an die „evangelischen Arbeiter, Gehilfen, Bediensteten und Angeestellten“, in welchem gesagt wird:

„Die Ursache, welche zur Auflösung des Reichstages führte, hat in den politischen Parteien eine Stimmung erzeugt, die nicht geeignet erscheint, neben den großen nationalen Gesichtspunkten auch die außerordentlich wichtige Forderung der christlich-nationalen Arbeiterkraft auf Arbeiter-Abgeordnete genügend zu beachten. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, unsere Stimme zur Unterstützung der von uns vertretenen Forderungen zu erheben, um sowohl die politischen Parteien als auch die nationale Arbeiterkraft daran zu mahnen.“

Wir fordern die nationalpolitischen Parteien an, neben Männern aus den verschiedenen bürgerlichen Schichten, auch Arbeiter als Kandidaten in auskömmlichen Wahlkreisen aufzustellen. Wir werden zur geeigneten Zeit vor der Wahl öffentlich feststellen, welche Parteien keinen einzigen christlich-nationalen Arbeiter als Kandidaten aufstellen, noch eine solche Kandidatur zu unterstützen beabsichtigen haben. Parteien, die diese unsere billige Forderung unberücksichtigt lassen, ... verdienen auch die Unterstützung der Arbeiterkraft nicht. In drei auskömmlichen Wahlkreisen sind die jetzt evangelische Arbeiterkandidaten aufgestellt.“

Das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, die auch von den christlichen Gewerkschaften unterstützte „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, veröffentlicht den Wahlaufsatz der Zentrumspartei und fordert die katholischen Arbeiter auf, das Zentrum „glänzend herauszuheben.“

Die christlichen Gewerkschaften selbst sagen in ihrem Aufruf, den sie durch ihr „Zentralblatt“ veröffentlichen, daß die christlichen Gewerkschaften interpersonelle und politisch unparteiische Organisationen seien, und daher dürfte die christliche Gewerkschaftspresse nicht in den Dienst bestimmter Parteien gestellt, noch in den Versammlungen parteipolitische Propaganda gebuldet werden. Der Aufruf fährt dann fort:

„Die Befolgung dieser Grundsätze hindert jedoch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht, außerhalb ihrer Verbände energisch ihre Pflichten als Staatsbürger wahrzunehmen. Nicht wäre verkehrt, als wenn die Arbeiter ihre Tätigkeit nicht auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkten; die Befolgung muß vielmehr bei allen sich bietenden Anlässen zugunsten der unteren Volksklassen beabsichtigt werden, denn diese bedürfen der Staatshilfe am dringendsten. Und ein solcher Anlaß ist in hohem Maße die Reichstagswahl. Wir erwarten daher, daß unsere Mitglieder sich außerhalb der Gewerkschaften in den bürgerlichen Parteien, denen sie zugehören, energisch betätigen und für die Zusammenfassung eines Reichstages Sorge tragen helfen, der im Sinne der Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften zu wirken gewillt ist.“

Opposition gegen das Zentrum haben die „christlich-nationalen Arbeiter in München“ auf Betreiben des bayerischen Eisenbahnerbundes und des Postbedienstetenverbandes gemacht. Sie richten an die Zentrumspartei folgenden Kriegsruf:

„Die christlich-nationalen Arbeiter und Bediensteten verlangen eine vermehrte Vertretung der christlichen Arbeiter im Reichstag und Bundtag. Sollte die Parteilichkeit und die einzelnen Wahlkreisinteressen die berechtigten Wünsche der Arbeiterkraft ignorieren, so verpflichtet sich die Arbeiterkraft, den Wählern der Führer — entweder bei Fuß oder unter Umständen auch selbständig — Vorschlag zu leisten.“

Der Volkständigkeit halber lassen wir hier nochmals den Beschluß unseres Zentralrats der Deutschen Gewerkevereine, den wir bereits veröffentlichten, folgen, damit unsere Leser einen Gesamtüberblick über die Stellung der verschiedenen Arbeiterorganisationen zu den Reichstagswahlen haben.

„Der Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.) fordert alle wahlberechtigten Verbandsangehörigen dringend auf, am 25. Januar, bezw. auch am etwaigen Stichwahltag, ihr Wahlrecht zum Reichstag auszuüben. In Wahrung der Neutralität unserer Organisation lassen wir unseren Verbandsangehörigen selbstverständlich völlig freie Hand in der Wahl, erwarten aber, daß kein Gewerkevereiner einen Feind unserer Organisation wählt, auch keinen Lebensmittellieferanten oder Gegner des beschriebenen Reichstagswahlrechts. Alle Deutschen Gewerkevereiner müssen sich vielmehr ernstlich bemühen, das Reichstagsabgeordnete gewählt werden, die Freunde unserer Bestrebungen und eines freien Sozialismus zu sein, und Gewähr dafür bieten, daß ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, mit der Sache der Arbeiter auch die des Volkes und Vaterlandes auf allen geistigen und wirtschaftlichen Gebieten fruchtbar vorwärts zu bringen.“

Aus Gewerkevereinstreifen kandidieren bei der diesjährigen Wahl Gewerkevereinstreifer Karl Ubel-Spremburg im Wahlkreise Witttenberge und Verbandsredakteur Karl Goldschmidt in Schwednitz-Striepen, beide als Kandidaten der freisinnigen Volkspartei. In Siegen-Biedenkopf kandidiert Kollege Hiegler für die freisinnige Vereinigung. In welcher politischen Richtung auch der einzelne

Gewerkevereiner gehören mag, wir erwarten von allen Verbandsangehörigen in den genannten drei Wahlkreisen, daß sie die größten Anstrengungen machen, den aufgestellten Gewerkevereiner zum Siege zu verhelfen. Für das Verhalten unserer Verbandsangehörigen in den übrigen Wahlkreisen gibt der Beschluß des Zentralrats einen Weg an. R. G.

Sind Werkstatt-Versammlungen anmeldepflichtig?

Der Zentralrat des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter hatte eine mit reichem Material versehene Beschwerte an den Herrn Minister des Innern gerichtet über vielfache Polizeiwahl gegen die von Gewerkevereiner einberufenen Werkstatt-Versammlungen und den Herrn Minister gebeten, eine Anweisung an die Polizeiverwaltungen dahin gehen zu lassen, daß Werkstatt- und Fabrik-Versammlungen nicht der polizeilichen Meldepflicht unterliegen.

Der Herr Minister hat jeden einzelnen Fall der Beschwere schriftlich eingehend unterzucht lassen mit dem Resultat, daß in einem Teil der Fälle die Beschwerten für berechtigt und im anderen Teil als nicht zureichend befunden worden wären. Jeder Fall wird in der Antwort besonders behandelt. Für diese, wenn auch selbstverständliche Verantwortlichkeit sind wir dem Herrn Minister aufrichtig dankbar. Hier interessiert es nicht, diesen Teil der Antwort wiederzugeben, was wir auch schon mit Rücksicht auf den knappen Raum unserer Blätter unterlassen müssen. Dafür ist von allgemeiner Bedeutung, was der Herr Minister Prinzipielles über diese Fragen sagt, und das wollen wir hierher setzen:

Der Minister des Innern.

11c 8197.

Berlin, den 10. Dezember 1906.

Auf die Eingabe vom 28. März d. J. erwidere ich im Anschluß an meine vorläufige Mitteilung vom 15. Mai dieses Jahres folgendes ergeht:

Eine allgemeine Anweisung dahin, daß für „Werkstatt- und Fabrikversammlungen“ eine polizeiliche Anmeldung nicht zu fordern sei, kann nach Lage der Verhältnisse nicht erlassen werden.

Die dortige Behauptung, daß das Kammergericht in den Urteilen vom 5. September 1903 und 26. Juli 1904 sogenannte Werkstattversammlungen als der polizeilichen Meldepflicht nicht unterworfen bezeichnet habe, vermag ich nicht als zutreffend anzuerkennen. Eine grundsätzliche Entscheidung dieses Inhaltes hat das Kammergericht nicht getroffen und konnte es schon aus demselben nicht treffen, weil der Begriff der Werkstattversammlungen weder gesetzlich definiert, noch sonst unmissverständlich feststehend ist. Abgesehen von dem hier nicht in Betracht kommenden Vorwissen über polizeiliche Verordnungen und deren Versammlungen beruht die Meldepflicht des Vereinsgesetzes nicht, von welchem Personenkreis eine Versammlung gebildet wird. Seine Bestimmungen finden daher auf die von den Angehörigen bestimmter Fabriken oder Werkstätten abgehaltenen Versammlungen in gleicher Weise, wie auf alle übrigen Versammlungen Anwendung. Insbesondere die Meldepflicht aller Versammlungen die Frage allein maßgebend, ob in ihnen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. In dieser Beziehung hat das Kammergericht entschieden, daß die Erörterung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter eines bestimmten Betriebes als eine private Angelegenheit dieses in sich geschlossenen Personenkreises darstellt, wenn und solange sich die Erörterung tatsächlich

einer lebhaften Aussprache eine vom Kollegen Kommel beschlossene Resolution einstimmig angenommen, in welcher erklärt wird, daß der Gewerksverein Farnroda der Gründung jenes Volksvereins vollständig fern steht, und nach wie vor die Prinzipien der Deutschen Gewerksvereine hochzuhalten und für dieselben einzustehen jederzeit bereit ist.

Die „Mitteldeutsche Volks-Zeitung“ sagt dem Dementi hinzu, daß die damalige Nachricht ihr von einem Kollegen aus Farnroda im Wortlaut ganz genau so zugegangen sei, wie sie sie zum Vordruck brachte, und nehme sie von der heutigen Erklärung an, so lieber Rott, als sie wirklich nicht habe einsehen können, wie es möglich ist, mit Leuten, die unsere ärgsten Feinde sind, die uns bekämpfen und mit Schmutz bewerfen, wo sie nur können, an einem Tisch zu sitzen, geschweige denn sie noch moralisch zu unterstützen.“

Diebeswache Logik! In der sozialdemokratischen Presse wurde vielfach versucht, die Buchdruckergehilfen gegen ihren Hauptverband mobil zu machen, weil dieser einen unzureichenden Tarif abgeschlossen habe. Jetzt aber, wo der Tarif zur Durchführung gebracht werden soll, hält man die darin festgesetzte Löhne für zu hoch. Der „Korrespondent“ erzählt nämlich folgende interessante Geschichte, die recht nie bliken läßt:

Bei der Einführung des neuen Tarifes in einer größeren Parteidruckerei kam der Vorsitzende der betreffenden Betriebskommission, ein jüdischer und Nasenbewächter Mitglied des Maurerverbandes, in die Lage, in der einen Situation den unrichtigen Humoristen zu machen. Als nämlich durch den Mund der Herrschaften das Personal einige Einwendungen zu den Beschlüssen der Gewerksführerorganisation der Parteidruckerei zu machen hatte, gab der diebische Onkel folgende trübselige Weisheit zum besten: Die Löhne der Angehörigen im Parteidruckerei dürften nicht zu hoch werden, daran wäre er als Mitglied des Maurerverbandes besonders interessiert. Denn dieser lasse viele Arbeiter in der betreffenden Druckerei herrschen. Wenn man die Löhne der Buchdrucker zu hoch kämen, dann würden die Drucksachen für seinen Verband zu teuer! Und so weiter mit Orgeln. Nach dieser avarischen Redeweise mußten wir den Maurer eigentlich einmal ganz gehörig auf den Kopf klopfen, denn nur durch die Geheuligkeit der Maurer werden doch die Wägen so teuer! Das ist doch die Konsequenz ihres Standpunktes, nicht wahr, Onkel? Weniger humoristisch ist die Ansicht des betreffenden Onkels über die Anklagen der Arbeiter (= Dienstleistungsleute) zu behaupten. Er kann nämlich ein Verhängnis für diese Forderung ganz und gar nicht in seinen doch sonst den größten Schwierigkeiten, wie Wasserwerk usw. usw., gewöhnlichen Schicksal hineinführen. Er argumentiert nämlich folgendermaßen: In den bürgerlichen Geschäften scheint man doch die Leute, wenn sie alt werden, einfach hinaus, denn sie würden mit den Jahren doch immer weniger leistungsfähig. In Parteidruckereien aber verlangen die älteren Arbeiter sogar noch Zulage! Das könne er nicht verstehen. — Wir geben dieser Zuschrift, die trotz ihrer scherzhaften Form einen sehr ernsthaften Hintergrund hat, Raum, weil schon mehrfach in den letzten Tagen Mitteilungen und Zugänge (sind, daß jetzt in den Parteidruckereien, die mit der geschäftlichen Seite der Parteidruckerei zu tun haben, ganz andere Auffassungen über die materielle Tragweite des neuen Tarifes sich geltend machen, als man sie bis dato in dem größten Teile der Arbeiterschaft vertreten fand, weil, angefangen von der „Neuen Zeit“ bis herab zu dem kleinsten tabulierten Sprachrohr der Partei, die materiellen Erwünschungen unserer diesmaligen Tarifbewegung als der reine Dreck, unwürdig einer Massenbewegung Organisation angesehen wurden. Nun man sich die Sache bei Seite besetzt, bekommt man Anstoß!

Die Sache ist in der Tat lustig und ernst zu-

gleich, sie hat aber den Vorteil, daß sie die „Jelbeweise“ Logik ins rechte Licht stellt.

Die österreichischen Unternehmer machen scharf! Das Zentralorgan der österreichischen Arbeitgeber, „Die Arbeit“, beklagt die Regierung um einen sogenannten „Streikerlah“. Was in diesem Erlass gesagt sein soll, das hat die Organisation der Metallgewerbetreibenden Oesterreichs vor kurzem in Wien in ihrer Generalversammlung verraten, als sie folgende Forderungen aufstellte:

Die Regierung solle, um den unhaltbaren Zuständen in der Arbeiterschaft ein Ende zu bereiten, einen Streikerlah herausgeben, durch den im Sinne des Koalitionsgesetzes alle Streiks, die nicht zur Erzielung höherer Löhne, sondern aus politischen Gründen wegen Entlassung von Vertrauensmännern, Sympathiestreiks und dergl. unzulässig erklärt werden und wegen Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit zu verfolgen seien. Streikposten, Verhinderung Arbeitswilliger usw. sind zu bestrafen. Gewerkschaften, die politische Streiks unterstützen, seien auszulösen.

Das Organ der deutschen Gewerkschaften Oesterreichs, „Der deutsche Gewerkschaftsführer“, hält es wohl für möglich, daß ein Gesetz dieser Art herbeizuführen versucht werden könnte. Dann könne jede Regierung als eine politische Tätigkeit angesehen und schließlich mit Aufhebung der Organisation bestraft werden. Aus rein sachlichen Erwägungen heraus sei allerdings der Erlass eines solchen Gesetzes denkbar. Immerhin ist es ebenso ungewiss, daß das Unternehmertum nimmer mit lauten Rufen nach möglichst scharfe gesetzliche Maßregeln gegen die Arbeiterorganisationen fordern und zu einem Teil auch erreichen werde. Es hände die österreichische Arbeiterschaft vor einer langen Reihe heftiger Kämpfe um das soziale Recht.

Das Blatt weist dann die Frage auf, „woher der nächste Anlaß zu der Forderung des Streikerlases gegeben war.“

Die Antwort enthält abermal eine schwere Anklage gegen die Sozialdemokratie. Wir müssen als Gewerkschaftler schreien, daß beispielsweise der Raum um und die massenhaft nachgefolgten Streiks und Ausperrungen das reichhaltige Material gegen die Arbeiterbewegung geliefert haben. In zahlreichen Fällen habe es sich nicht um die Teilnahme an einer wirklichen Arbeitsunterbrechung — der 1. Mai ist ja von einer politischen Partei gepachtet — sondern oft um eine reine Protestaktion der einzelnen Unternehmern. Inwieweit sollte ihm vor Augen gestellt werden, daß er sich der Diktatur der Sozialdemokratie fügen müsse. Es ist nicht einzusehen, warum 1. E. ein Merkmal über andere gewählter Fabrikant gezwungen werden sollte, einem parteipolitischen Kam-Kam der Sozialdemokratie eine ganz spezielle Qualifikation durch Arbeitsruhe darzubringen. Und so ließen sich noch Dutzende Streiks anführen, die von den sozialdemokratisch regierten Gewerkschaften für ausgesprochene Parteizwecke veranstaltet wurden und mit den Arbeiterinteressen in gar keinen Zusammenhang stehen. Schließlich wissen unsere deutschen Gewerkschaftler von der roten Fuge und dem Terrorismus ein Lied zu singen.

Da ist es gar nicht Wunder zu nehmen, wenn diese Kampfbewegung der Sozialdemokratie dem Unternehmertum die schärfsten Waffen gegen die Arbeiterorganisation im allgemeinen geliefert hat. Und sollte es tatsächlich dahin kommen, daß gegen den „Streikerlah“ operative Kämpfe geführt werden müssen, daß zehntausende Arbeiter ausgeperrt werden, dann muß der gewissenlose Führerapparat der Sozialdemokratie in erster Linie die Schuld gegeben sein.

Diese Anklage gegen die Sozialdemokratie in Oesterreich könnte auch in Deutschland wiederholt werden. Genau so wie in Oesterreich, wird auch in Deutschland eine reaktionäre Gesetzgebung gegen die Arbeiterorganisationen durch das Verhalten der Sozial-

demokraten provoziert. Und dann werden auch diejenigen Arbeitervereine, die nichts mit der Sozialdemokratie zu tun haben, mit dem Füllhorn der Reaktion niedergeschlagen. Möchten die Arbeiter beider Länder aus diesen Tatsachen lernen!

Gewerksvereins-Teil.

§ Offen a. N. „Deutsch-nationales Gastrecht“. In der Freitag-Nummer vom 30. November veröffentlichten diesen Zeitungen befand sich ein Inserat, durch welches sämtliche Handlungsgeschäfte in einer Versammlung in das Hotel „Ganshof“ geladen wurden. Außer durch diese öffentliche Einladung erwartete ich mich ein besonderes Recht, dieser Versammlung nach Zahlung eines Eintrittsgeldes von 10 Pfg. bis zu Ende beizuwohnen. Als ich nun von verschiedenen Seiten gegen die teilweise verbleibenden Ausföhrungen des Referenten und der Diskussionsleiter Disposition gefasst machte, weiterhin den Verbandsleiter der hiesigen deutsch-nationales Gewerksvereine zu einer Berichtigung der hiesigen deutsch-nationales Gewerksvereine über den Verbandsbegründer Dr. Tisch gefahren Neuerung das Wort nicht erteilt wurde, hat ich zur Geschäftsordnung ums Wort. Daraufhin wurde ich zur Geschäftsordnung aufgerufen, sofort bis zum Ende des Besuchs zu verbleiben. Da ich durch mein Betragen zu einer Berichtigung der Art und Weise, wie der Verband deutsch-nationales Handlungsgeschäfte seine Gäste behandeln, öffentlich brandmarken. Ganz abgesehen davon, daß der Bestand des Gastrechts eine ultima ratio ist, die in öffentlichen Versammlungen nur in äußersten Fällen angewandt wird, wäre es in dieser Versammlung, in der man schon durch die Herabsetzung aller übrigen Verbände von seinen Referenten, auf partei Disposition rechnen konnte, ganz besonders angebracht gewesen, Toleranz zu üben. Dem mit unbestimmten Fern, der meine hinausweisung bewirkt hat, erkläre ich hiermit, daß ich mich demgegenüber die guten Sitten vertritt, sowie daß er das Anrecht darauf, sich im wirtschaftlichen Sinne deutsch-nationales zu nennen, durch seinen schändlichen Versuch der Gastfreundschaft verwirkt hat. Im weiteren warne ich fernerhin alle diejenigen, die gerne unliebsamen Erlebnis aus dem Wege gehen, auf Grund meiner Erfahrungen, vor dem Besuch deutsch-nationales Versammlungen! Dem Verbandsleiter selbst erkläre ich, daß die Wortverweigerung dem Herrn Jacobs gegenüber ein Akt unbedingten Ungehorsams ist, daß dem Herrn Jacobs zum mindesten auf Opportunitätsgründen und zur Vermeidung des wahren Sachverhaltes das Wort gegeben werden mußte, daß aber in Anbetracht der zugeführten „freien Aussprache“ die Wortverweigerung ein schändlicher Wortbruch war.

Gug. Herr, Nationalsozial.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsabend der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8^{1/2} bis 10^{1/2} Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste willkommen. — **Sängerabend der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Leitungsbüro im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Greiner Gasse). Gäste herzlich willkommen.

Orts- und Bezirksverbände.

Perse (Ortsverband). Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5^{1/2} Uhr, im lokale des Herrn Wittig, Schulte-Mattler, Diskussionsrunde. — **Hannover und Umgebung (Ortsverband).** Die Besprechungen der Ortsverbände-Hieroberfeld finden jeden Dienstag, abends 9 Uhr, im Verbandslokal „Königsberg“, Brühlstr. 12, statt. — **Wachen (Ortsverband).** Jeden Samstagabend 9 Uhr Sitzung bei Halber, Jägerhof. — **Stettin. Norddeutscher Ausbreitungsverband.** Jeden Donnerstag, abends 8^{1/2}—10^{1/2} Uhr Diskussionsabend im lokal Engelle, Schifferstr. 9a. Gäste willkommen. — **Duisburg (Ortsverband).** Sonntag, 6. Januar, vorm. 10 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Briller in Kupfrott am Markt. Verbandswahl u. a.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und am jedem Sonntag. Prachtige Restfälle, große Restauration mit vorzüglichster Küche, vier Regeldampfen. Nach den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlich ein.

Carl Berndt, Deconom.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsangelegenheiten!

Allen nach Berlin kommenden Verbandsangehörigen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierzimmer zur gefälligen Benutzung bei nächtigen Besuchen. Verfügbar bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Böhner, Langschloß.

Das Bureau des Zentralrats.

Restaurant Teufels-See
Inh. Fritz Meyer (Tel. Koyanck 53)
am Fusse der Müggelsee

herzlich geladene
romantische Teufels-See.
Elegante Dampfschiffe am Müggelsee
Schöne Waldpromenade (5 Min.)

Essen (Wahr). Gerberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Beschäftigungsbüro im Gewerksvereins-Bureau, Post-Allee 16.

Gaumen in Bestfallen (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten 1/2 Pf. Unterbringung beim Verbandskassierer Carl Bahrert in Gaumen, Langschloß 62.

Wachen. Durchreisende erst im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei Kartguth, Weinischstr. 1.

Frauen, Töchter und Schwestern
unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

Frauen-Gräbnisliste
des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Eintrittsgeld 25 Pfg. • Aufnahme vom 15. bis 15. Jahrb. Verstorbenen Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beiträtsalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Diskussionsnehmer sind herzlich eingeladen. Flugblätter und Material sendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Lohnunterschieden in den Kaufstand getreten. — In Bulgarien sind die Eisenbahnangestellten wegen Ablehnung einer Lohnerhöhung und wegen des von der Volksvertretung (Sobranje) angenommenen Gesetzes, das die Kaufhändler mit Entlassung und Verlust der Pension bedroht, in den allgemeinen Streik eingetreten. — In Rotterdam sind 300 Kohlenräger in den Kaufstand getreten, so daß nur noch auf wenigen Schiffen gearbeitet wird. — Der von den Straßenbahnführern und Omnibusangestellten Kopenhagens angebrochene Streik ist am Mittwoch zum Ausbruch gekommen. Der öffentliche Verkehr ruht vollständig. — In Buenos Ayres ist das Personal der Flugdampfer in den Streik getreten. Die Maschinisten und Heizer in Cabablanca und Barma drohen, sich der Bewegung anzuschließen.

Eine Kommission für Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter will der Magistrat von Berlin in den Etat einstellen. Eine besondere Kommission des Magistrats unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner beschäftigt sich mit dieser Frage. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stadtverordnetenversammlung den auf die Erhebung der Löhne durch den Magistrat in Vorschlag kommenden Entwürfen zustimmen wird. Die Zahl der in den eigenen Betrieben der Stadt Berlin beschäftigten Arbeiter beträgt fast 15000.

Arbeitsnachweise für die sozialdemokratische Partei. Das „Hamburger Echo“ kann, nach einer Mitteilung im „Reich“, in seinen beiden letzten Ausgaben vom 22. und 23. Dezember folgende Wahlbeiträge von den „freien“ Gewerkschaften bringen: Aus Bremerhaven von den Maurern 300 M. Ferner vom Zentralverband der Zimmerer, Ueberweisung an den Parteivorstand: 5000 M. für die Reichstagswahl. „Nur so frisch, frisch weiter“, schreibt das „Echo“ zu ersterer Nachricht. Ja, nur so weiter, dann werden endlich auch die Arbeiter, die an die Neutralitätsbewegungen der „freien“ Gewerkschaften glauben, doch nachdenklich werden. In Berlin sind nach demselben Blatt bisher seitens der Gewerkschaften die Beiträge ziemlich spärlich eingegangen. Als einzige größere Rate hat der Zentralverband der Töpfer 500 M. beigetragen. Von den „selbstbewußt“ organisierten Maurern sind 300 M. abgeliefert worden. Von anderen Orten sind bedeutendere Summen für diesen Zweck gegeben. Die Maurer in Bremen haben 3000 M. und in Leipzig ebenfalls 3000 M. gesendet. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsbeiträge für den Kreis Harz beträgt über 6000 M.

Was sagen die „freien“ Gewerkschaften angehörenden nicht sozialdemokratischen Mitglieder zu dieser Verschönerung ihrer vom sauren erworbenen Verdienst gezahnten Beiträge?

Kaufstand bereitet sich vor, eine neue Dama zu wählen. Die Dama von 1907 wird sich, so wird der „Frankf. Stg.“ aus Petersburg geschrieben, wenn sie sich überhaupt gesetzgebend betätigen sollte, viel mit der Arbeitsträger zu beschäftigen haben. Die Partei der Volksfreiheit (Radetten) bereitet sich seit dem Herbst 1906 in besonderen Beratungen unter dem Vorsitz von P. Straube, zu denen Vertreter der in Frage kommenden Organisationen und Kompositionen hinzugezogen werden, auf diese wichtige Frage der zum Ausgangspunkt ihrer sozialpolitischen Arbeiten wird die Partei die Umarbeitung eines organisierten Gesetzes über die Koalitionen- und Streikfreiheit machen. Bei der Ausarbeitung der Verhandlungsverträge wird sie der wachsenden Bedeutung des Kollektivvertrages gebührende Aufmerksamkeit schenken. Auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung wird die Partei die Initiative ergreifen, um ein weiteres Gesetz der Arbeiter-Altersversicherung durchzuführen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

Ortsverband Hagen 1. B.
Nachdem wieder ein Jahr in die Vergangenheit gesunken ist, ist es Pflicht der Ortsverbandsleiter, über die Tätigkeit der Ortsverbände im abgelaufenen Jahre einen Bericht zu geben. Rückblick zu halten ist übrigens eines jeden Menschen erste Pflicht. Der Ortsvereiner insbesondere soll sich fragen, was er im abgelaufenen Jahre zum Besten der Organisation getan hat oder was er zu tun versäumt, und dann sofort aber doch so rasch wie möglich nachzugehen hat.

Der Erziehung der geschäftlichen Angelegenheiten wurden im Berichtsjahre 7 Verhandlungen, 5 Besprechungen und 2 Konferenzen abgehalten.

Die erste Versammlung wurde am 4. Februar in Abt. bei Wirt Drilling abgehalten. Es wurde der Jahresbericht von 1905 verlesen, Rechnungslegung vom 2. Jahrgang 1906 erachtet und Kollege Winger hielt einen Vortrag über Arbeitervereine. Die zweite Versammlung fand statt am 22. April in Altenhagen bei Wirt Stronach. Hier waren die Hauptpunkte: Ortsverbandsbericht, Antrag wegen Ortsbeitrag von 10 M. pro Jahr und Mitgliedsbeitrag, welcher einstimmig angenommen wurde. Kollege Geyerling sprach über „Schlechte Wälder“.

Über die Zeitungsfrage „Westdeutsche Abendpost“ wurde eine bearbeitete Debatte gehalten, die der Vorsitzende Winger sein Amt niederlegte. Das gabte nämlich zu: Friede ist für uns Gelüste. Die dritte Versammlung fand am 8. Juli in Borsdorf bei Wirt Biederer statt. Hier wurde Kollege Reichelt zum ersten Vorsitzenden gewählt. Da der Kassierer nicht anwesend sein konnte, erstattete der Schriftführer den Kasfenbericht vom ersten Halbjahr. Kollege Sonnemann-Hamm hielt den Vortrag über: „Karteile und Sondernote“. Der Vortrag in der zweiten Versammlung hatte ungewöhnlich tief fassend gewirkt, denn die dritte Versammlung war bebaueilichweise nur schwach besucht. Die vierte Versammlung tagte am 23. September in Selbde bei G. Räte. Hier wurde der Kasfenbericht vom 20. Ortsverbandsbericht erstattet, der einen kleinen Ueberschuß (2 M.) ergab. Kollege Schambach hielt ein Referat über: „Herbergswesen und Arbeitsnachweise“. Der Bezirksleiter Kollege Songers gab einen schriftlichen Bericht über die Diäten und die Löhne auf den einzelnen großen Werken in Westfalen und Rheinland. Für die auf Kolbe Erde im Kampfe stehenden Kollegen stiftete eine Sammelkiste, welche 36 M. zusammenbrachte, die dem Gewerkeinsammler Hartmann-Kuchen überreicht wurden. Die fünfte und letzte vorjährige außerordentliche Versammlung tagte am 11. November in Herbede bei Wirt Sieber, Kollege Biller hielt den Vortrag über: „Wahlrechtsvereine“. Es wurden sodann Anträge gestellt zum nächsten Ortsverbandsjahr.

Die erste Konferenz tagte am 6. Mai in der Lohhalle am alten Markt. Diese war einberufen zwecks Stellungnahme zur Reichstagswahl. Herr Reaktor Buschmann-Schwein hatte das Referat übernommen. Emdische Ortsvereine von Wahlkreise Hagen-Schwein waren eingeladen, die Konferenz war aber nur schwach besucht, weshalb auch die in Aussicht genommene zweite Konferenz vor der Sitzungszeit nicht mehr stattfinden hat. Die zweite Konferenz war einberufen am 17. Juni im Ortsverbandslokal bei Wirt Platte zur Eröffnung eines Arbeitersekretariats. Es waren 750 Ortsvereine eingeladen, aber nur 20 Vertreter. Kollege Schambach hielt das Referat. Von diesen 20 Ortsvereinen hatten 12 mit zusammen 340 Mitgliedern teilgenommen. Zur Gründung ist es noch nicht gekommen und wurde die Sache daher vorläufig verschoben. Es haben ferner 3 Konferenzen stattgefunden wegen der „Häufigen Arbeiterpost“, welche aber nicht protokolliert sind.

Das Ortsverbandsfest wurde nach alter Weise am 24. Juni in Böhlerheide im Gennemannschen Lokal gefeiert. Herr Reaktor Buschmann-Schwein hielt die Rede.

Der Ortsverband zählte am Anfang des Jahres 19 Ortsvereine; beigetreten ist am 1. Juli der Ortsverein der Maschinenbauarbeiter. Am Schluß des Jahres zählten wir 20 Ortsvereine mit einer Mitgliederzahl von 800. Im Berichtsjahre haben sich 3 durchgehende Gruppen unter Verpflegungserleichterung junge gemacht. Der Arbeitsnachweise konnte verschleuderten Genossen Arbeitsstellen nachweisen.

Nachdem am Schluß meines Berichtes angefangen, spreche ich noch den Wunsch aus, daß im neuen Jahre die Sitzungen und Versammlungen gut besucht werden möchten. Allen Kollegen und Genossen, die mich und den engeren Kreis unterstütz haben, sage ich meinen besten Dank. Meinem Nachfolger wünsche ich, daß er sich bei allen Kollegen und Genossen volle Zufriedenheit erringe und daß der Ortsverband sich kräftig entwickle.

W. Weber, Schriftführer.

Ortsverband Schöneberg.

Die Tätigkeit des Ortsverbandes war infolge besonderer Verhältnisse mehr auf inneren Angelegenheiten gerichtet. Es waren dazu 11 ordentliche und 3 außerordentliche Sitzungen notwendig, welche regelmäßig gut besucht waren. Im Laufe des Jahres wurden außerdem 2 Ortsverbandsversammlungen abgehalten. In denselben sprach Kollege Müller-Halle über: „Rechtswahlverbände“ und Kollege Holm über: „Die wirtschaftliche Lage der Gewerkevereine“. Eine öffentliche Gewerkevereinsversammlung, welche möglich besucht war, hatte Kollegen Reuter in Berlin als Referenten. Die dem Ortsverband angelegte Bibliothek fand leider nur eine mäßige Benutzung, denn von den insgesamt 120 Werken wurden nur 30 gelesen und auch nur von zum Teil ungenutzten Kollegen. Die nun schon seit 6 Jahren bestehende Weihnachtspartei dagegen erfreute sich einer sehr regen Benutzung, wurden doch circa 2000 M. Umsatz erzielt. Am Dreieck hatte der Ortsverband wegen Vorkommnissen nicht eingetreten. Nur ein im benachbarten Bahnen im Polypson angelegter Streik konnte uns am 1. Juli an den D. B. der Fabrik- und Handarbeiter 68 M. 75 Pf., an den D. B. der Maschinenbauer 5 M. 75 Pf. dieses Streiks diebt eine unserer tätigen Kollegen bis heute außer Arbeit. Im allgemeinen konnte im Laufe des vergangenen Jahres mehr und besseres geleistet werden, wenn die Kollegen mehr Arbeitsfreudigkeit für unsere Sache und ein festes Zusammenhalten pflegen wollten, denn es ist vor allen Dingen notwendig, daß unsere Presse mehr als bisher von den Kollegen gelesen wird. Die Prinzipien der Deutschen Gewerkevereine sind es hauptsächlich wert, daß sie energisch getätigt wird. Denn nur so ist es möglich, daß die deutsche Arbeiterbewegung vom Joch der partei- und kirchenpolitischen Bevormundung befreit wird. Unsere Gewerkevereine sind dazu berufen, auf wissenschaftlicher Grundlage und Gleichberechtigung die Lage der Arbeiter zu verbessern. Darum, Kollegen, frisch an zur Aktion in 1907.

H. Schröder, Schriftführer.

Gewerkevereins-Teil.

3. Berlin. Im Ortsverbandslokal fand am Sonntag, den 3. Dezember d. J. der Central-Arbeitsnachweise der Berliner Ortsvereine (C.A.) seine Generalversammlung ab. In dieser waren laut Präzisenliste 25 Delegierte erschienen; in Vertretung des Verbands-

bureaus nahm der Verbandsleiter Kollege Klein an den Verhandlungen teil, von den geladenen Generalrätern war niemand anwesend. In erster Linie verlas der Schriftführer R. Müller den Tätigkeitsbericht des Verbands für das vergangene Geschäftsjahr, der eine beifällige Aufnahme fand und zu einer sehr anregenden Debatte Anlaß gab. In seinen Ausführungen über die fruchtbringende Entwicklung des Arbeitsnachweises gebot der Referent unter anderem auch des bahngleichzeitigen Rückgangs Emil Labors, der unserer gemeinsamen Einrichtung ein selbstloser Förderer gewesen, dem in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein ehrendes Andenken gesetzt bleiben werde. — Der Kassierer Kollege Käiser erstattete den sehr übersichtlich gehaltenen Bericht über Einnahmen und Ausgaben für die Zeit vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907. Unter Einwirkung des Verbands vom Vorjahre im Betrage von 262,30 M. betraf sich die Gesamteinnahme auf 1835,05 M., verausgabt wurden 1436,70 M., es verblieb also ein Bestand von 398,35 M. Die Mittelgebarung der angeführten Periode betrug 7063. Die Arbeitsvermittlung erstreckte sich auf alle öffentlichen Arbeitsgebiete für Männer und Frauen, ja sogar von der Pandemischkeit wurden wiederholt Kräfte geworben. In letzterer Beziehung freilich konnte nicht der Nachdruck entsprechen wert aus sehr nahegelegenen Gründen sozialer und wirtschaftlicher Natur, wie sie schon der Bericht des Schriftführers darlegt hatte. Ein ganz besonderes Interesse beanspruchte die vom Kollegen W. Käiser zusammengeordnete Statistik der letzten 10 Jahre, aus der für mehrere Kreise ein beachtenswertes Bild des wachsenden Stellen der wiedergegeben sei. Es wurden vermittelt in 1897: 145 St. Men. in 1898: 73, in 1899: 60, in 1900: 99, in 1901: 23, in 1902: 49, in 1903: 132, in 1904: 187, in 1905: 729, in 1906: 1043. Diese Zahlen sind ein treffendes Bild der gegenwärtigen Verhältnisse, mit denen der Arbeitsnachweise in rechnen hatte, und sie gewähren ferner einen wertvollen Überblick über das im letzten Jahrzehnt stattgehabte Auf- und Niedergehen der Konjunktur. — In Vertretung des schon seit dem 23. November erkrankten Kollegen Angerer am 8. hatte freundlicherweise Kollege Joseph die Arbeitsvermittlung übernommen und berichtete nun über einzelne interessante Vorkommnisse im Arbeitsnachweise; unter anderem nahm er Veranlassung, der alten Lage Ausdruck zu geben über Wünsche, die zum großen Teil auf die Pflichterfüllung von arbeitssuchenden Verbandsmitgliedern zurückzuführen sind. — Kollege Klein als erster Redner in der Debatte über die Rechte sprach sich anerkennend über die geleistete Arbeit aus; in lebensvollen Zügen führte er den Verbandsmitgliedern ein Bild des Verbands vor Augen. Mit tiefem Bedauern gebot er in der Bericht mitgeteilten Tatsache, daß trotz reichlicher Bemühens seitens des Verbands es in Berlin noch immer Ortsvereine gebe, die sich noch nicht bewegen ließen, dem Central-Arbeitsnachweise beizutreten, obwohl der Verbandsleiter wiederholt Gelegenheiten gehabt habe, gerade den Vorwissen der noch fernstehenden Ortsvereine Stellung zu verschaffen. Mit ihm stimmten sämtliche folgenden Redner darin überein, daß immer wieder durch gemeinschaftliche Ermahnungen der Versuch gemacht werden müsse, das Selbstbewußtsein der noch bestehenden Ortsvereine zu stärken. — Es folgte nun die Beratung der Anträge. Referent Kollege Gerold. 1. Ortsverein der Maschinenbauer Ober-Schöneberg 1. Die Arbeitsstellen des feldbüchsenbüchsen stellen sich von jetzt ab bei dem Kolonnenbeamten G. Weigert wöchentlich zur Kontrolle vor, wodurch die Kontrolle im Arbeitsnachweise wegfällt. Aus der Debatte ergab sich die Unbrauchbarkeit des Antrages, er wurde deshalb abgelehnt. 2. Ortsverein der Maschinenbauer Berlin XII. Dem Arbeitsvermittler sollte anzuweisen, vermittelte Stellen nach irgend einem Betriebe aus sofort dem bestenfalls D. resp. Vertrauensmann mitzuteilen. Der Antrag wird in folgender Form angenommen: Der Arbeitsvermittler ist verpflichtet, so weit wie möglich vermittelte Stellen nach irgend einem Betriebe“ usw. 3. Antrag des Verbands: Die Generalversammlung sollte beschließen, für die etwaige Überwindung des Arbeitsvermittlers den Verbandsrat zu beauftragen, für die eventuelle Stellenvermittlung Sorge zu tragen und hierfür eine entsprechende Entschädigung zu zahlen. Der Antrag wird angenommen. — Kollege Kraag stellt folgenden Antrag: „Beauftragte, die Generalversammlung des Central-Arbeitsnachweises künftig im Januar stattfinden zu lassen.“ Nachdem von mehreren Rednern die Unmöglichkeit einer solchen Maßnahme nachgewiesen, wird der Antrag abgelehnt. — Inbetreff der bereits wiederholt besprochenen Nebenstände, die sich infolge der gegenwärtig nur knapp bemessenen Räumlichkeiten für den Arbeitsnachweise aus dem Besitze des Verbands mit dem Arbeitsnachweise ergeben, beantragt Kollege Jürgans, seitens der Generalversammlung bei dem Verbandsleiter, Kollegen Klein mit Wünschen in kindlicher Form vorzutragen, um demgegenüber wurde von der Generalversammlung, unter Zustimmung zu den Anträgen der Kollegen Käiser und Schulte, beschlossen, hinsichtlich der besprochenen Nebenstände mit dem Verbandsbureau das Weitere dem Verbandsrat zu überlassen. — In dem Punkte „Verbandsvereine“ wurde vom Ortsverein der Maschinenbauer Berlin VIII ein Antrag eingebracht, der eine intensiver Bekanntheit des Central-Arbeitsnachweises in Arbeitskreisen bezweckt. Dieser Antrag fand die wärmste Unterstützung und wurde schließlich einstimmig angenommen. Letzter Punkt: Vorstandswahl. Gewählt wurden die Kollegen R. Kraag als Vorsitzender, R. Müller als Schriftführer, W. Käiser als Kassierer, Gerold als Sekretär und Karath als Beisitzer. Ein dritter Beisitzer wird von den beteiligten Ortsvereinen der Maschinenbauer gewählt werden. Für die etwa im Laufe des kommenden Jahres in den Central-Arbeitsnachweise eintretenden neuen Verbandsvereine sollen Vertreterausbeute freigestellt werden.

R. R.

3. Cottbus. Daß die gesamte Presse war einig darin, daß der weidlichst gewordene Hauptmann von Köpenick nur deswegen von neuem zum Vertrieber geworden war, weil die Polizei nicht duldet, daß er noch

auf jene Punkte beschränkt. Aus der Tatsache der Abhaltung einer Versammlung durch die Arbeiter einer bestimmten Fabrik kann aber keineswegs ohne weiteres der Schluss gezogen werden, daß die Erörterung sich wirklich auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse gerade dieser Fabrik beschränken werde. Ob diese Voraussetzung erfüllt werden soll und wird, ob mithin die Versammlung anmeldepflichtig ist oder nicht, bleibt vielmehr eine Lafrage, die nur von Fall zu Fall, wie es auch das Kammergericht tut, geprüft und entschieden werden kann.

An sich haben also die Polizeibehörden, indem sie in diese Prüfung eingetreten sind, pflichtmäßig gehandelt. Das Ergebnis dieser Prüfung und die demnach getroffene Entscheidung in den einzelnen von Ihnen angeführten Fällen habe ich zum Gegenstand einer eingehenden Nachprüfung gemacht.

Es folgen jetzt die einzelnen Fälle, die wir, wie schon bemerkt, auslassen wollen. Der Herr Minister fährt dann fort:

So unbedeutend es nach dem Ergebnisse der stattgehabten Erhebung wäre, die über eine rechtswidrige oder irrtümliche Handhabung des Vereinsgesetzes durch einzelne Polizeibehörden oder deren Organe erhobenen Beschränkungen zu veranlassen, so habe ich doch aus Ihrer Eingabe Veranlassung genommen, die mit unterstellten Behörden wiederholt darauf hinzuweisen, daß die Frage der Anmeldepflicht sogenannter „Werks- und Fabrik-Versammlungen“ in jedem Einzelfalle einer besonders sorgfältigen Prüfung an der Hand der mehrerwähnten Erkenntnisse des Kammergerichts zu unterziehen sei.

v. Bethmann-Hollweg.

Es ist erfreulich, daß infolge der Beschwerde vom Herrn Minister angeordnet worden ist, daß die Polizeibehörden in jedem Falle die Frage der Anmeldepflicht sorgfältig zu prüfen haben. Gezielte Versammlungen, die sich nur mit den Arbeitsverhältnissen eines bestimmten Betriebes beschäftigen, sind nicht anmeldepflichtig. So lange die gegenwärtigen Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes bestehen, auf die sich der Herr Minister stützt, muß die Arbeiterkraft darauf sehen, daß in Werks- und Fabrikversammlungen nur über die Werksverhältnisse verhandelt wird. Dann wird die Polizei in jedem Falle mit ihren Eingriffen und Strafmandaten abgewiesen werden.

Zum nächsten Verbandstag.

Nachdem durch einige Kollegen in der Presse Stellung zum nächsten Verbandstag genommen worden ist, gestatte auch ich mir meine Meinung dazu zu äußern. Es ist klar, daß der nächste Verbandstag über verschiedene einschneidende Punkte eine prägnante Stellung einnehmen muß, denn das Für und Wider der einzelnen leitenden Korporationen muß aus der Welt geschafft werden, damit wieder ein ruhiges, sachliches Arbeiten in unserer Bewegung Platz greift und das Vorwärtsschreiten nicht länger gehemmt wird. Als warmer Befürworter der Ausbreitungsverbände stimme ich den Ausführungen des Hrn. Sauer im Verbandsorgan „Gewervereiner“ Nr. 64 zu; es muß die auf dem letzten Verbandstag so unbedeutlich gefasste Resolution in Sachen der Ausbreitungsverbände fallen, damit alle bestehenden Ausbreitungsverbände zu ihrem Recht gelangen und man soll da nicht schon jahrgelängelt tätig arbeitende Ausbreitungsverbände nach Ansicht einer leitenden Stelle an die Wand drücken wollen und somit die Schöpfersfreudigkeit mindern, da doch alle arbeitenden Kollegen der Ausbreitungsverbände nur von dem Gedanken befeuert sind, die Gewervereinsfrage vorwärts zu bringen. Die finanzielle Unterstützung von der Hauptleitung kann sehr gut den einzelnen Ausbreitungsverbänden nach der Mitgliederzahl zugeführt werden, und es entsteht dadurch für die Ausbreitungsverbände der Ansporn, tätig zu arbeiten, indem dann einer hinter dem anderen nicht zurückstehen will. Die Beitragsleistung der Mitglieder für die Ausbreitungsverbände ist ebenfalls nicht so schwer durchzuführen, wenn die einzelnen Ortsvereine dafür sorgen, daß sie für einen angemessenen wöchentlichen Beitrag zur Kassa eintreten, dann ist mit Leichtigkeit der vierteljährliche Beitrag von 10 Pfg. pro Mitglied an die Ausbreitungsverbände abzuführen.

Es wird manch eine Mark zu sonstigen Vergütungssachen weggenommen, welche zum Teil nur dazu dienen, daß der Arbeiter am anderen Tage zur Arbeit ermüdet ist und mit der direkten Ausgabe am Vergütungssabend noch der indirekte Ausschlag des Arbeitsverdienstes hinzukommt und somit doppelt geschädigt ist, sowie auch das ernste Verständnis, zur Aufbesserung der Lage des Arbeiters mitzuwirken, verloren geht. Wenn also in dieser Hinsicht seitens der Ausschüsse auf die Mitglieder gewirkt wird, so ist die finanzielle Frage der Ausbreitungsverbände gelöst und ist somit unserer Sache gebient.

Doch nun durch eine stricke Durchführung der Ausbreitungsverbände die Ortsverbände außer

Kurs gesetzt werden sollten, dürfte keinem der Kollegen einfallen, denn trotz der ersten bleibt für lokale Angelegenheiten noch Arbeit genug für die Ortsverbände, wenn die leitenden Personen das Richtige ergreifen und am Orte für die Gewervereine arbeiten wollen; sehr richtig bemerkt aber auch hierzu der Kollege Sauer, daß den Ortsverbänden mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn sie sich an sozialpolitischen Wahlen beteiligen sollen, denn wenn allerorts mit diesem Verfahren eingeleitet werden sollte, ist die Hauptkassse (Verbandskasse) in keiner Weise in der Lage, diesen Forderungen gerecht zu werden, was auch hier wieder den Beweis gibt, daß ein Zurückgehen der Beiträge zur Verbandskasse vollständig unmöglich ist.

Eine besonders brennende Frage zum nächsten Verbandstag wird und muß sein, wie sich die Gewervereine fernerhin zur Politik stellen. Es muß hierin eine Klarheit geschaffen werden, damit die Gewervereiner wissen, wie sie sich dazu zu stellen haben. Selbstverständlich ist es klar, daß der Gewervereiner als solcher seinen neutralen Standpunkt in politischer und religiöser Beziehung wahr, wie sich aber jedes einzelne Mitglied nach seiner persönlichen Meinung bezieht, muß jedem sein freier Wille sein. Als deutscher Staatsbürger muß er das Recht besitzen, seinen freien Willen zu haben, ein Zwang zu irgend einer bestimmten Partei kann und darf einem Gewervereiner nicht auferlegt werden. Daß aber ein Gewervereiner zur Wahl einem Kandidaten die Stimme geben soll, dessen Partei einen fortgesetzten Vernichtungskampf gegen die Gewervereine führt und auf anderer Seite dem Arbeiter sein einzig noch bestehendes Recht, das Wahlrecht, in Gefahr bringt, kann von einem ordentlich überzeugten Gewervereiner nicht erwartet werden. Der einzig richtige Weg kann nur sein, daß die Gewervereine versuchen ihre Reihen zu stärken, damit sie in der Lage sind, bei kommunalen und staatlichen Wahlen selbständig aufzutreten zu können. Dies muß für die Zukunft unser Grundprinzip sein und deshalb muß alles Trennende in den Zeitungen wegsfallen.

Zur Frage der Befreiung der Anwaltsstelle stehe ich ebenfalls auf dem Standpunkt, daß durch das Ableben unseres Anwalts Dr. Roy Hirsch dieselbe für erledigt zu betrachten ist.

Es hat den Gewervereinen ein Hauptverdienst und vorzugliches, dessen Stärke durch den Verbandstag festgelegt ist, so daß der komplizierte Apparat des Zentralrats in Bezug zu bringen ist. Die Befreiung von Außenbeamten kann durch die Ausbreitungsverbände geregelt werden und es ist alldann ein Bündel durch das ganze Deutsche Reich geschaffen.
Ray Riedel, Döbeln.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 4. Januar 1907.

In der gestrigen Zentralratsitzung wurde das Bureau einstimmig wiedergewählt, ebenso auch die Kommissionen, mit einer Abänderung: an Stelle des Hrn. Brennenstuhl wurde Herr Kollege Müller (Kaufleute) in die Sozialpolitische Kommission gewählt.

Kollege Goldschmidt legte seine „Geschichte der Deutschen Gewervereine“ dem Zentralrat vor. Das Werkchen kommt in den nächsten Tagen heraus. Jeder Ortsverein erhält zwei Exemplare gratis. Weitere Exemplare kosten für Gewervereiner das Stück 50 Pfg., im Buchhandel 80 Pfg. Für die Agitation ist die Schrift ein wirksames Hilfsmittel.

Ein größeres geschichtliches Werk über die Deutschen Gewervereine, von Kollegen Gleichauf verfaßt, erscheint demnächst im Buchverlag der „Hilfszium Preise von 3 Mk. Für Gewervereiner ist der Preis auf 2,20 Mk. festgesetzt. Auch diese Schrift bildet eine wichtige Bereicherung der Gewervereinsliteratur und ist dieselbe gleich nach ihrem Erscheinen ebenfalls durch unser Verbandsbureau, Berlin, Greifswalderstr. 22/23, zu beziehen.

Im Gewervereine der Fabrik- und Handarbeiter fand eine Mitgliederabstimmung statt über eine vom Generalrat für notwendig erklärte Beitrags-erhöhung. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der beantragten Beitrags-erhöhung. Der Gewervereinsbeitrag beträgt gegenwärtig 10 Pfg. Darauf hat der Generalrat am 27. Dezember in Magdeburg eine Sitzung des gesamten Generalrats, also unter Hinzuziehung der auswärtigen Generalratsmitglieder, abgehalten. Der Generalrat des Vororts war vollständig erschienen.

Von den auswärtigen Kollegen waren zu dieser Sitzung eingetroffen Pöhlz, Bitterfeld, Berg, Wiegand, Willems, Dörsch, Sandner, Potsdam, Michael-Schweidnitz, Nieß-Sprittau, Sandob-Oldenburg, Lehmann-Pouch und Schöne-Staßfurt, Kollege Repler-Augsburg traf infolge einer durch Schne-

verwehungen eingetretenen Zugverspätung eine Stunde später ein. Unschuldig seit Kollege Röske-Zöllchow, dem der Urlaub verweigert worden war. — Die Sitzung wurde um 11/4 Uhr von dem Vorstehenden Haupt mit einer kurzen Begrüßung der Erschienenen unter Hinweis auf die Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Tagesordnung eröffnet. Ueber die von dem Vorort-Generalrat aufgestellte Tagesordnung wurde zunächst, vor Beratung der Einzelanträge in eine Generaldebatte eingetreten, die der Generalsekretär mit einem kurzen Rückblick auf die Ursachen einleitete, welche zur Vornahme von Änderungen der Unterstützungsbedingungen nötigen; als besonders notwendig sei die Inangriffnahme solcher Änderungen, die bei Streiks und Ausperrungen hervorgerufen sind. Kollege Raab gibt eine Uebersicht über den gegenwärtigen Stand des Gewervereinsvermögens und weist den durch die Häufung der Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis entstehenden Mehrverbrauch und die Notwendigkeit nach, durch geeignete Maßnahmen das erforderliche Kostengleichgewicht herbeizuführen; er weist nach, daß die Streiks und Ausperrungen in den letzten drei Quartalen dieses Jahres eine Ausgabe von 50000 Mk. verursacht haben.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde sodann beschlossen, im Reglement zur Milderung von Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und bei Unfällen den Absatz 2 im § 1 dahin abzuändern, daß die Unterstützung während eines Zeitraumes von 8 Wochen gezahlt wird. Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen erhalten die Mitglieder von nun an nach folgenden Beitragssätzen:

Männliche Mitglieder erhalten bei einem Wochenbeitrag von 15 Pfg. 12 Mk. wenn sie verheiratet sind und 9 Mk. wenn sie unverheiratet sind. Weibliche Mitglieder zahlen 8 Pfg. und empfangen die Hälfte der Unterstützung.

Männliche Mitglieder, welche einen Wochenbeitrag von 20 Pfg. zahlen, erhalten, falls sie verheiratet sind 18,50 Mk.; wenn sie unverheiratet sind, 10 Mk. in den vorstehend angeführten Fällen.

Weibliche Mitglieder mit eigenem Hausstand sollen, wenn sie einen nachweisbaren regelmäßigen Wochenverdienst von 12 Mk. haben, sich gleichfalls gegen einen Beitrag von 15 Pfg. mit 12 Mk. versichern können.

Mitglieder, welche in der 10 Pfg.-Stufe verbleiben, werden bei Streiks nicht unterstützt; doch sollen Mitglieder, welche dem Gewervereine länger als 10 Jahre angehören und das 45. Lebensjahr überschritten haben, eine Unterstützung von 10 Mk. pro Woche erhalten, wenn sie durch unverschuldete Aussperrung arbeitslos werden.

Von drohenden Streiks ist sofort dem Generalrat unter Mitteilung des Sachverhalts Kenntnis zu geben, wiewohl Streiks usw. Unterstützung nicht gezahlt wird. Ueber den Stand des Streiks ist wöchentlich an den Generalrat zu berichten, welcher die Höhe der Beiträge bestimmt. An Nichtbezugsberechtigten Unterstützung zu zahlen ist verboten.

Kreuzritende Mitglieder zahlen vom 1. Februar ab einen Wochenbeitrag von 15 Pfg.

Der letzte Satz im 1. Abs. des § 7 des Reglements erfährt infolge einer Änderung, als die bisherige Wartezeit von einem Jahre auf 6 Monate herabgesetzt wird.

Es ist klar, daß bei einem Wochenbeitrag von 10 Pfg. in einer Zeit so vieler Streiks und umfangreicher Aussperrungen nicht genügt werden kann. Wir richten daher an alle Verbandsgenossen die dringende Bitte, den führenden Kollegen im Gewervereine der Fabrik- und Handarbeiter zu helfen, daß alle Mitglieder des Vereins den erhöhten Beitrag gern zahlen, damit ihnen allen bei den kommenden Arbeitskämpfen Hilfe gewährt werden kann.

Arbeiterbewegung. Auf den Riesenwerken in Ober-Schneeberg haben von neuem Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und des Werkes stattgefunden. Dieselben sind jedoch wiederum gescheitert, weil die Betriebsleitung sich weigert, auch die Großformer und deren Hilfsarbeiter sofort wieder einzustellen. — Die Feilenhauer von Rölln, Mühlheim und Ralk sind nach mehrwöchigen vergeblichen Verhandlungen in den Aufstand getreten. Es handelt sich um einen Lohnstreik, den die Arbeiter nicht anerkennen wollen. — Auf den Norddeutschen Eiswerken an der Oberpree streiken die Arbeiter, weil ihnen eine Lohnerhöhung von 35 auf 40 Pfennig pro Stunde abgelehnt worden ist. Die Firma hofft die diesjährige Eisernete mit Hilfe ausländischer Arbeiter durchzuführen zu können. — Die Automobilroskistenfahrer in Berlin, die sich eine Verschärfung ihrer bisherigen Lohnverhältnisse nicht gefallen lassen wollen, sind in der Tat ausgesperrt worden. — Der etwa ein halbes Jahr währende Aufstand der Bauhandwerker in Barmen ist durch Vermittlung des Eingangsamtes in Essen beigelegt worden. Die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden gesetzt und hinsichtlich der Lohnverhältnisse eine Aufbesserung erreicht. — Die Aussperrung in den Ludenwalder Bronzearnenfabriken hat mit einem Erfolge für die Arbeiter geendet. Die Fabrikanten haben ihren Tarif, der den Anlag zu den Differenzen gegeben hatte, zurückgezogen und eine neue Lohnabelle aufgestellt, auf Grund deren dann die Eingung erzielt wurde. — In den bei Runkirchen (Ungarn) gelegenen Bergwerken sind etwa 1000 Arbeiter wegen